

SYNAPSE

No. 7 | 2011

die Zeitung des MIETSHÄUSER SYNDIKATS



Gentrifizierung und Widerstand

Erfahrungen in Berlin und Hamburg,
Buchbesprechungen, Ausblick nach Frankreich

EDITORIAL

Synapse? Nie davon gehört! So dürfte es einigen Menschen gehen, auch solchen, denen sonst Begriffe wie Bürgerschaftskredit oder Rangrücktrittsklausel relativ leicht über die Lippen gehen.

Die erste Synapse erschien Ende 2001 als „neue Zeitung des Miethäuser Syndikats“. Hintergrund war, „dass der innere InfoKreis des Syndikats [...] aus der kopierfähigen Informationsphase herausgewachsen“ war. Die Zeitung trat an die Stelle eines Mitglieds-Info und sollte die verschiedenen Informationskanäle bündeln.¹

2 Bis 2006 folgten sechs Ausgaben, dann schief das Projekt ein. Schuld waren jedoch nicht mangelnde Ereignisse, Themen oder Diskussionen, über die es Wert gewesen wäre zu berichten. Eher waren es diese Dinge selbst, die ein neues Heft wieder und wieder verschoben haben, da neben der alltäglichen Syndikatsarbeit zusehends weniger Zeit für eine neue Synapse zur Verfügung stand.

Wie lässt sich nun nach fünf Jahren Funkstille an das Projekt Synapse anknüpfen? Wir wissen es nicht und haben uns dazu entschlossen, auch ohne Klarheit in diesem Punkt eine neues Heft zu machen.

Inhaltlich leitend war dabei das neuerdings große Interesse an stadtpolitischen Fragen, Umstruk-

turierungs- und Verdrängungsprozessen, die unter dem Stichwort Gentrifizierung breite Diskussionen und Organisationen zur Folge hatten. Die dabei verhandelten Fragen sind auch für das Syndikat von großem Interesse. Zum einen werden hier Themen behandelt, die vor Jahren einmal für die Gründung des Syndikats ausschlaggebend waren. Zum anderen sind auch Syndikatsprojekte nicht dagegen gefeit, Aufwertungsprozesse zu befördern und so als Teil einer Verdrängungsdynamik zu wirken. Daher bildet dieses Themenfeld den Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe.

Die Synapse soll in Zukunft wieder regelmäßiger erscheinen, um ein breiteres Umfeld über Entwicklungen und Diskussionen im Syndikat zu informieren. Dafür wurde die Arbeitsstruktur umgestellt. Wurden für frühere Ausgaben gezielt Artikel

angefragt und verfasst, nimmt die Synapse nun unter synapse@syndikat.org laufend Artikel entgegen, um aus diesem Fundus das nächste Heft zusammenzustellen.

Auch dieses Konzept wird jedoch nur funktionieren, wenn die Projekte, Koordinationen, Arbeits- und Diskussionsgruppen über ihre Aktivitäten berichten und die Synapse als Plattform der Kommunikation und Debatte wahrnehmen. In diesem Sinne wünschen wir viel Spass beim Lesen dieser Artikel – und beim Schreiben der nächsten.



¹ Synapse 1/2001, S. 3

INHALT

Editorial	2	Stadtumstrukturierung und Widerstand	
Inhalt	2	in Berlin und Hamburg	5
Buchbesprechungen:		Habitat participatif: Le Clip in Frankreich	13
Twickel, Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle	3	Impressum	14
Holm, Wir bleiben Alle!	4	In eigener Sache	15

GENTRIFIZIERUNG ALS KLASSENKAMPF VON OBEN

Zu Christoph Twickels Einführung in die Hamburger Proteste
gegen Stadtumstrukturierung

Von New York bis Istanbul ist der Prozess der Gentrifizierung, die Umstrukturierung und Aufwertung innerstädtischer Quartiere, zum öffentlichen Thema geworden. Christoph Twickel beleuchtet in seinem neu erschienenen Buch „Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle“ am Beispiel Hamburg den Wandel von Stadtentwicklungspolitiken und wirft Schlaglichter auf Ansätze einer „Recht auf Stadt“-Bewegung von unten.

Twickel ist selbst in die Hamburger Proteste involviert. Er ist Mitinitiator des Manifests „Not In Our Name“, Marke Hamburg, mit dem im November 2009 Hamburger KünstlerInnen und Kulturschaffende gegen ihre Integration in die Imagepolitik der Stadt protestieren, und Aktivist im Netzwerk „Recht auf Stadt“. Seit Sommer letzten Jahres hat sich der Protest zu einer stadtpolitischen Bewegung verdichtet. Mit seinem rund 120 Seiten dünnen Buch, das in sieben Abschnitten – darunter zwei Interviews – auf unterschiedliche Aspekte eingeht, legt Twickel nun eine gut lesbare Einführung in die Thematik vor.

Die Stadt als Marke und Unternehmen

Als Antwort auf den wirtschaftlichen Strukturwandel formierte sich bereits in den 1980er Jahren eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik: Eine Stadt müsse wie ein Unternehmen in der globalen Standortkonkurrenz agieren. So rief Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi im November 1983 das „Unternehmen Hamburg“ aus. Twickel zeichnet den Wandel vom wohlfahrtsstaatlichen zum neoliberalen Stadtmodell kritisch nach und illustriert Formen und Folgen dieser Politik anhand der Hafencity und der Elbphilharmonie in Hamburg. An diesen Megaprojekten wird deutlich, wie gezielt räumliche Segregation produziert wird, die Stadt mit PR-Strategien als „Image-City“ agiert und privatwirtschaftliche Risiken letztlich mit öffentlichen Geldern abgesichert werden. Ein weiterer Abschnitt des Buches richtet den Fokus auf die Rolle von Kultur und KünstlerInnen im Prozess der Aufwertung. Spätestens seit der Jahrtausendwende haben StadtentwicklerInnen und PolitikerInnen erkannt, dass Kunstprojekte und Alternativkultur – z. B. in Form „kultureller Zwischennutzungen“ – Orte „beleben“ und „aufwerten“ können. Twickel illustriert dies an zahlreichen Beispielen. Mit Verweis auf die Ansiedlung von Ikea in Hamburg-Altona verdeutlicht er jedoch auch, dass „kreative Aufwertung“ bei fortschreitender Umstrukturierung zum Hindernis für die Verwertung von Immobilien werden kann. Die KünstlerInnen, die das von Ikea aufgekaufte Frappant-Gebäude zwischennutzen, weigerten sich zu gehen und besetzten den Gebäudekomplex Anfang Dezember 2009. Ebenso wie bei der Frappant-Initiative, die inzwischen

ein von der Stadt gestelltes Ersatzgebäude bezogen hat, wird auch am Hamburger Gängeviertel deutlich, dass KünstlerInnen durchaus eine widerständige Praxis gegenüber dem Gentrifizierungsprozess entwickeln können – insbesondere wenn sie nicht mehr als „Pioniere“ der Aufwertung gefragt sind, sondern selbst zu Verdrängten werden. Dem zwischen Büropalästen in der Hamburger Innenstadt gelegenen Gängeviertel, das im August 2009 von rund 200 KünstlerInnen besetzt wurde, sind in Twickels Buch zwei Kapitel gewidmet. In seiner Darstellung der Ereignisse weist er vor allem auf die charakteristische Verbindung von einem „sanften“, auch für bürgerliche Kreise anschlussfähigen Auftreten mit der praktischen Aneignung von Raum hin, die die Initiative auszeichne und einen neuen politischen Raum konstituiert habe. Interessante Einblicke in die Vorgeschichte der Besetzung, aber auch das Selbstverständnis der Gruppe liefert ein im Buch abgedrucktes Gespräch zwischen vier Gängeviertel-AktivistInnen. Am Ende des Buches versucht Twickel in einem knappen Fazit, die beschriebenen Prozesse auf den Punkt zu bringen und Widerstandspotentiale auszuloten. Er sieht in Gentrifizierung das „politisch beförderte Recht des Stärkeren, angewandt auf den Stadtraum“, was nichts anderes als „Klassenkampf von oben“ sei.

Kunst als Instrument der Aufwertung

Nach dieser sympathischen Definition fragt er nach den Möglichkeiten alternativer, bildungsbürgerlicher und „kreativer“ Milieus, sich gegen die Umstrukturierungen, die sie selbst mit befördert haben, zu wehren. Dabei wendet er sich gegen einen „bohémistischen Schuld-komplex“ und spricht sich für eine klare Positionierung als ersten Schritt im „Kampf um Diskurshegemonie“ aus. Gentrifizierung sei ein von InvestorInnen und Politik betriebener „Enteignungsprozess“, der unterschiedliche soziale Gruppen von KünstlerInnen über KleingärtnerInnen bis zu Autonomen im Kampf um ihr jeweiliges Recht auf Stadt verbinden könne. Die Perspektive einer solchen städtischen Bewegung müsse letztlich in der „Vergesellschaftung des sozialen Mehrprodukts“ liegen. Christoph Twickel hat mit „Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle“ eine interessante, gut lesbare Einführung in die Thematik vorgelegt. Leider richtet sich

der Fokus des Buches überwiegend auf die „kreativen“ Milieus, die er auch im Schlusskapitel als primären Ansprechpartner wählt. Das verweist zwar auf die soziale Zusammensetzung der Hamburger „Recht auf Stadt“-Bewegung, die sich ganz überwiegend in den „Szenevierteln“ der Stadt konzentriert. Twickel sieht dieses Problem auch und hinterfragt kritisch „Lösungsmodelle“ wie die Einrichtung selbstbestimmter Wohnprojekte, die für ihn „bislang ein Aneignungsmodell für die Chosen Few eines linken Bildungsmilieus“ darstellen. Die schwierige Frage nach den Möglichkeiten einer Ausweitung auf andere, weniger privilegierte Bevölkerungs-

gruppen – wie sie aktuell beispielsweise mit der Politisierung der Mietenfrage versucht wird – bleibt allerdings offen.

David Templin

Zuerst erschienen in analyse und kritik 554 vom 15.10.2010, S. 26. Wir danken dem ak und dem Autor für die freundliche Erlaubnis zum Nachdruck.

Christoph Twickel: Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle. Edition Nautilus, Hamburg 2010. 128 Seiten, 9.90 Euro

STADTSOZIOLOGE ERKLÄRT GENTRIFIZIERUNG

4 Sei es das Münchner Glockenbachviertel, St. Pauli in Hamburg oder Kreuzberg in Berlin. In den Auseinandersetzungen um steigende Mieten und Verdrängung der ärmeren Bevölkerungsschichten aus den Innenstädten hat in den letzten Jahren ein Wort Karriere gemacht: Gentrifizierung.

Was eigentlich unter Gentrifizierung zu verstehen ist, versucht in einem 80-seitigen Büchlein Andrej Holm allgemeinverständlich und doch zugleich auf der Höhe der internationalen wissenschaftlichen Diskussion zu klären. Der Text des 39-jährigen Berliner Soziologen mit dem Titel „Wir bleiben Alle! – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung“ ist dieser Tage erschienen.

Für Holm beschreibt dieser Begriff sowohl den Austausch von statusniederen durch statushöhere Bewohner als auch die „bauliche Aufwertung und ökonomische Inwertsetzung eines Stadtteils“. Bei einer ganz so neutralen Beschreibung möchte es Holm jedoch nicht belassen und benennt diesen Prozess deutlich als „Verdrängung der Armen, Alten, Alleinerziehenden und Arbeitslosen“ durch – um beim Buchstaben „A“ zu bleiben – Architekten, Anwälte und Akademiker. Beispielhaft schildert Holm diese Prozesse an einigen Gebieten von Berlin-Mitte und rund um den Kollwitzplatz, wo 15 Jahre nach dem Beginn der Sanierung nur noch 20 Prozent der ursprünglichen Bewohner leben. Und lag das dortige durchschnittliche Einkommen 1993 noch etwa bei 75 Prozent des Berliner Durchschnitts, ist es heute bei fast 140 Prozent angelangt. Diese „Hartz-IV-freien Zonen“ sind nun die Heimat des „Bionade-Biedermeiers“.

Für ein Recht auf Stadt

Ähnliche Prozesse, die auch mit den weltweiten ökonomischen Veränderungen der letzten 20 Jahre zusammenhängen, gibt es nicht nur in deutschen Städten. Weltweit treten immer mehr Städte zueinander in Konkurrenz und buhlen um die „kreative Klasse“. Dabei

spielen auch viele arme Künstler, die mit ihren Galerien in vernachlässigte Viertel ziehen, oft eine Rolle als Raumpioniere. Holm unterscheidet zwischen den kulturellen Oberflächenphänomenen (als wäre die Ursache der Verdrängung im Prenzlauer Berg eine Invasion von „Schwabern“ und Künstlern) und den darunter liegenden ökonomischen Prozessen.

Doch wie viele Linke tut sich Holm mit den subjektiven Faktoren des von „innen“ kommenden Wunsches nach Veränderung schwer. Zumindest in Kreuzberg ist eben der „reiche Akademiker“ oft mit dem „armen Studenten“ von vor zehn Jahren identisch. Auch sollte man mehr Gewicht darauf legen, wie der Wunsch nach sanierten Wohnungen mit mehr „Licht, Platz und Sonne“ sich ohne Mieterhöhungen umsetzen lässt. Zum Beispiel mit einer gesetzlichen Koppelung der Möglichkeiten zur Mieterhöhung an die Inflationsrate. Im Augenblick sind alle drei Jahre bis zu 20 Prozent Mietsteigerung erlaubt.

Dafür liegen Holm umso mehr die außerparlamentarischen Versuche des Widerstands gegen die Gentrifizierung am Herzen. Da er in den 90er Jahren in der Initiative „Wir bleiben Alle!“ rund um den Kollwitzplatz aktiv war, weiß er aber auch um deren relative Ohnmacht. Holm setzt als erfolgversprechende Strategie vor allem auf das Bündnis „Recht auf Stadt“ in Hamburg, insbesondere weil dort weit über die „subkulturellen und parteipolitischen Protestspektren“ eine wirkliche Basis-mobilisierung zu gelingen scheint.

Christoph Villinger

Zuerst erschienen in 'Neues Deutschland' vom 16.06.2010. Wir danken dem Autor für die freundliche Erlaubnis zum Nachdruck.

Andrej Holm: Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung. Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Unrast-Verlag, 80 Seiten, 7.80 Euro

STADTUMSTRUKTURIERUNG UND WIDERSTAND IN BERLIN UND HAMBURG

Gentrifizierung als Phänomen und Problem ist mittlerweile in aller Munde und erfuhr im letzten Jahr eine breite Thematisierung. Doch wie lässt sich der Widerstand dagegen organisieren? Über verschiedene Erfahrungen dazu in Berlin und Hamburg sprachen M. aus Freiburg, T. aus Hamburg und J. aus Berlin. Das Gespräch fand im März 2010 im besetzten Gängeviertel in Hamburg statt.

M: Könnt ihr zu Beginn etwas erzählen über die Netzwerke und Gruppen, in denen ihr aktiv seid?

T: Ich bin sehr in das Gängeviertel eingebunden, komme aber eigentlich aus der Studierendenbewegung an der Kunsthochschule. Bei Dingen wie Studiengebühren geht es ja auch darum wie man sich organisieren kann, um aufgezwungene Beschlüsse von Unten zu revidieren, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Diesen Hintergrund kann ich im Gängeviertel und den beteiligten Bündnissen einbringen. Es geht um den Versuch, Netzwerke zu schaffen, die stark genug sind, auf einer größeren Ebene etwas zu drehen.

J: Ich bin seit einigen Jahren beim Mietshäuser Syndikat in Berlin aktiv, wo wir hauptsächlich Beratung für neu entstehende Hausprojekte machen und zudem versuchen, Hausprojekte in konkreten Kämpfen zu unterstützen. Darüber hinaus ist es aber schwierig, sich mit dem Syndikat an anderen Dingen zu beteiligen und im Namen des Syndikats inhaltlich aufzutreten. In anderen Kontexten beschäftige ich mich mit dem Thema Stadtumstrukturierung in Berlin, speziell Neukölln. Für mich ist das eine ideale Verknüpfung. Da ist einmal der offensive, politische Teil und auf der anderen Seite das Syndikat, um konkrete Hausprojekte langfristig abzusichern.

M: Die Besetzung des Gängeviertels im August 2009 war sehr erfolgreich und dauert bis heute an. Es folgten Verhandlungen und die Stadt kaufte es nach einigen Monaten vom Investor zurück, um eine Projektkonzeption mit breiterem öffentlichen Konsens zu ermöglichen. Woher kommt die Stärke der Bewegung gegen Gentrifizierung in Hamburg, so

etwas durchzusetzen und gibt es Unterschiede zur Bewegung in Berlin?

T: Dass das Gängeviertel¹ oder auch NoBNQ² auch im bürgerlichen Spektrum so breit thematisiert wird, hängt ganz stark mit den dort gewählten Aktionsformen zusammen. Man ging von der Erfahrung aus, dass Besetzungen des linksradikalen Spektrums in den letzten Jahren nicht mehr funktioniert haben und viele bereits nach wenigen Stunden wieder geräumt wurden. Weil im Gängeviertel Leute mit einem anderen Hintergrund auftreten, agiert die Polizei dort komplett anders. Dazu kommt noch ein KünstlerInnen-Bonus. So war das von Anfang an schwieriger zu räumen. Die Besetzung wurde ja auch in der bürgerlichen Presse äußerst positiv aufgenommen. Damit hatten wir in dem Umfang nicht gerechnet, auch wenn alles sehr professionell vorbereitet war und vorab viele Kontakte zur Presse und in die Politik hinein geknüpft wurden. Von daher hoffte man schon, dass es eine andere Wirkung hat, als eine 'herkömmliche' Besetzung. Dieser Umgang mit der bürgerlichen Seite ist vielleicht der wichtigste Unterschied zu Berlin. Es wurde grundsätzlich nichts ausgeschlossen und mit allen Parteien und Fraktionen geredet. Mit wem man dann letztlich in Verhandlungen tritt, ist natürlich nochmal etwas anderes, aber man hat nicht diese klaren Grenzen gezogen, sondern von Anfang an die Offenheit des Konzeptes betont, bei dem theoretisch alle mitmachen können.

¹ <http://das-gaengeviertel.info/>

² <http://www.no-bnq.org/>

Weil wir wollen, dass Stadt für alle zugänglich ist, hat man mit allen Fraktionen, Parteien, Gruppierungen, usw. Gespräche geführt und sich mit der Stadtregierung in Verhandlungen begeben, was zu dem Erfolg beigetragen hat, dass nicht sofort wieder geräumt wurde. Diese Breite bedeutet aber nicht, dass die Bewegung insgesamt auf militante Aktionen verzichtet. Es handelt sich aber um parallel verfolgte Konzepte. Militante Aktionen gibt es auch in Hamburg in nicht geringem Umfang. Das reicht von eingeschlagenen Schaufenstern im Schanzenviertel bis zu angezündeten Autos.

M: Was läuft in Berlin gegen Gentrifizierung und was habt ihr dort für Bedingungen und Probleme?

6 **J:** Die Stadt ist allein durch ihre Größe relativ unübersichtlich und es gibt eine starke örtliche Trennung der verschiedenen sozialen Kämpfe und der aktiven Gruppen. Es gibt zum Beispiel die sehr abgeschlossene „Wir bleiben alle“-Kampagne³ aus dem autonomen Hausprojekte-Spektrum. Daneben gibt es andere Akteure, zum Beispiel das relativ breite Bündnis „Steigende Mieten stoppen“, das Mietberatungen, Stadtteilinitiativen und politische Gruppen umfasst. Es gelingt aber kaum, diese Initiativen zu verbinden. Die einzelnen Stadtteilgruppen sind zwar in ihren Vierteln aktiv, informiert und durch Kontakte vernetzt. Aber sie sind letztlich überfordert und haben auch signalisiert, dass sie eigentlich zu wenige sind. Außerdem ist Gentrifizierung ein sehr schwieriges Thema, bei dem es unklar ist, was man eigentlich tun kann. Bestimmte Teile der linken Szene sind ja auch selbst ein Faktor, der Gentrifizierung vorantreibt. Gleichzeitig positioniert man sich dagegen, ohne einen wirklichen Ansatzpunkt zu haben. Aus dem „Steigende Mieten stoppen“-Bündnis wurden auch Forderungen an die Politik formuliert. Aber die Frage bleibt, in welche Richtung Forderungen formuliert werden sollen und welche Forderungen in der Lage sind, eine größere Bewegung zu vereinen. In Berlin sind da sehr viele auf der Suche. Es gibt immer wieder sehr gut besuchte Vernetzungstreffen und Veranstaltungen zu dem Thema sind tendenziell überlaufen. Das ist wirklich faszinierend. Du schreibst auf die Ankündigungen „Stadtentwicklung“ oder „Gentrifizierung“ und der Laden ist voll. Hier gibt es also ein riesiges Interesse, aber es fehlen Handlungsstrategien und Ideen, wie man aktiv werden kann. Das sehe ich als ein großes Problem.

M: Heisst das, viele Leute sind direkt betroffen und wütend, aber der Punkt, wie man politisch dagegen vorgehen kann, ist noch nicht gefunden?

J: Das ist mein Eindruck. Stattdessen sind die Folgen sehr individualisiert. Menschen müssen nach Mieterhöhungen ausziehen, linke oder subkulturelle Kneipen und kleine Geschäfte ziehen um. Was diese Situation ändern könnte ist, dass in den nächsten Jahren ca. 30.000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen und schon massive Mieterhöhungen angekündigt wurden, die sehr viele auf einmal betreffen werden.

³ <http://wba.blogspot.de/>

Das könnte eine ganz andere Dynamik hervorrufen. Ich stelle mir das ein bisschen vor wie in Freiburg, als 2006 die kommunale Stadtbau verkauft werden sollte. Das betraf einfach alle MieterInnen dieser Wohnungen und hat so zu sehr breitem Widerstand geführt. Ich könnte mir vorstellen, dass in so einer Situation die Möglichkeit besteht, die Vereinzelung aufzubrechen.

M: Ist denn das Gängeviertel ein Beispiel dafür, wie viele von Gentrifizierung betroffene Menschen eine Besetzung als symbolischen Ausdruck ihrer eigenen Unzufriedenheit sehen?

T: Ja, das sehe ich schon so. Ich möchte daran aber anknüpfen, wie die gentrifizierungskritische Bewegung hier entstanden ist. Das Gängeviertel hat eine breite Resonanz in der Presse und deswegen auch einen gewissen Symbolcharakter. Aber das wurde schon vor Jahren angestoßen. „Parc Fiction“⁴ fällt in diese Thematik und auch das „Es regnet Kaviar“-Netzwerk⁵ existiert schon lange. Daraus hat sich dann zusammen mit anderen das „Recht auf Stadt“-Bündnis gegründet. Hamburg ist aber auch nicht so zerstreut, wie das von Berlin erzählt wurde. Der Umfang der aktiven Netzwerke ist begrenzter und es gibt viele stadtteilübergreifende Kontakte. Im „Recht auf Stadt“-Bündnis haben sich auch Initiativen zusammengeschlossen, von denen man früher nie etwas gehört hat. Es gibt da Menschen, die versuchen ihre Schrebergärten zu retten oder andere Anliegen haben, die mit räumlichen Fragen verknüpft sind. Das Interessante ist, dass es sich so potenziert hat und nun so viele zusammen an einem Strang ziehen. Diese Entwicklung hat aber einige Jahre gedauert und hängt natürlich auch mit einer Beschleunigung der Gentrifizierung zusammen. Solche Prozesse laufen immer schneller ab. Damit werden für die Menschen auch die Fragen drängender, was dazu führt, dass sich Netzwerke bilden. Ich glaube aber, dass es dabei um viel grundlegendere Fragen des Zusammenlebens und der Entscheidungsprozesse geht. Das kann sich an Raumfragen festmachen, wenn gefragt wird, wer die Macht hat, über Wohnverhältnisse oder Stadtentwicklung zu entscheiden. Aber auch in anderen Lebensbereichen sind diese Fragen virulent. Das macht diese Bewegung so interessant: dass es ein Bottom-Up-Prinzip ist. Denn Selbstverwaltung ist bei diesen Initiativen ein zentraler Punkt. Man möchte Projekte wie Gängeviertel oder NoBNQ langfristig und von Unten aufbauen und z. B. durch Kauf verhindern, nach einigen Jahren der Aufwertung wieder an den nächsten Ort verschwinden zu müssen.

M: In Berlin laufen ja Gentrifizierungsprozesse auch immer schneller ab. Ist diese Entwicklung, wie sie für Hamburg beschrieben wurde, mit der in Berlin vergleichbar?

J: Ich glaube nicht wirklich. Einen Unterschied sehe ich darin, dass sich in Hamburg einzelne Netzwerke schon lange mit dem Thema beschäftigen. In Berlin sind die meisten eher in einer Realisierungsphase, in der wir er-

⁴ <http://www.parcfiction.org>

⁵ <http://www.esregnetkaviar.de>

kennen, dass wir ein Problem haben. Wurden im Prenzlauer Berg die Häuser saniert und die Mieten erhöht, dann zog man eben nach Friedrichshain. Wurde es dort teurer, ging man nach Treptow oder Neukölln bzw. zurück nach Kreuzberg. Mittlerweile ist der Wohnraum aber wirklich knapp geworden, denn es findet zugleich eine massive Umwandlung von Wohnraum in Gewerbe und Ferienwohnungen statt. Der Bestand nimmt ab und es wird kaum neu gebaut. Die Wohnungspolitik beschränkt sich darauf, Baugruppen zu unterstützen. Das Problem war natürlich schon seit Jahren absehbar und es wurde z. B. von der Berliner Mietergemeinschaft schon lange darauf hingewiesen. Für die meisten wird es aber erst jetzt akut, weshalb für die meisten lange Zeit kein dringlicher Grund bestand, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Ich könnte mir vorstellen, dass Berlin bei dieser Entwicklung im Vergleich zu Hamburg einige Jahre hinten dran ist und dass dort Gentrifizierungsprozesse schneller ablaufen, weil es kleiner ist.

T: Dass ist ein wichtiger Unterschied. In Hamburg war Wohnraum schon immer knapp, hervorgerufen durch die räumliche Begrenztheit. Zudem gibt es hier, das wird in Berlin kaum anders sein, immensen Leerstand von Büroflächen, insgesamt über eine Millionen Quadratmeter. Gleichzeitig wurde der soziale Wohnungsbau zurückgefahren. Daraus ergibt sich auch die Forderung, Büroflächen für andere Nutzungen frei zu machen. Das ist schon eine komische Spanne, die sich zwischen den vielen leerstehenden Büros und dem sehr knappen Wohnraum auftut.

M: Was ist denn das, was ihr beim Recht auf Stadt-Bündnis die „Marke Hamburg“ nennt und wie beschreibt ihr den politischen Gegner bei den Protesten gegen Stadtumstrukturierung?

T: Der frühere Bürgermeister Dohnanyi hat das in den 1980er Jahren „Unternehmen Hamburg“ genannt, „Stadt als Unternehmen“ ist das dahinter stehende Leitbild. „Marke Hamburg“ bedeutet, dass eine Stadt im Sinne von Stadtmarketing verkauft wird. Die sogenannten Kreativen sollen dabei, dass sagen Politiker ganz offen, als Gentrifizierungsmasse eingesetzt werden. Man ist sich dessen schon lange bewusst, aber es stellt sich die Frage, was man dagegen tun kann. Das „Not in our Name“-Manifest⁶ hat das zum Beispiel entschieden zurückgewiesen. „Marke Hamburg“ geht einher mit vielen Marketing-Aspekten wie „Talentstadt Hamburg“, „Green City Hamburg“ und anderen Labels, was aber unserer Meinung nach nicht das ist, was Stadt ausmacht. Man bekommt ein Label vorgesetzt und dann wird die Stadt danach umgebaut. Stadt ist aber etwas anderes als nur ein Leitbild, das vorangestellt wird, je nachdem wie die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Städten betont werden soll.

M: Was wäre denn demgegenüber die „Marke Berlin“?

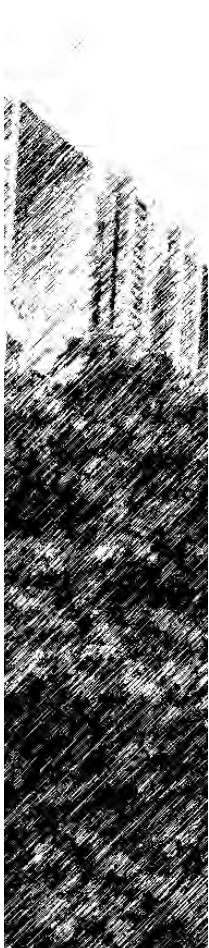
J: Arm aber sexy. Kultur, Film, Kreativwirtschaft, der ganze Quark. Mediaspree⁷, also die Bebauung des Spreeufers mit Großgebäuden, soll zum Beispiel sogenannte Leuchttürme der Kulturindustrie ansiedeln und das kreative Potential der Umgebung bündeln, was bis in die subkulturelle Szene reicht und sich dieser natürlich auch bedient. Da wird Potential abgeschöpft und die Kreativen in Wert gesetzt. Wohnungspolitik bedeutet es die Förderung von Baugruppen als neuer Wohnform. Auch hier werden Potential und Positionen aus den sozialen Bewegungen umgedeutet. Forderungen nach anderen Wohnformen und gemeinschaftliches Wohnen werden in Form von Eigentumswohnungen umgesetzt, was natürlich etwas ganz anderes als alternative Wohnprojekte bedeutet. Von der Bewegung, die sich mit dem Thema beschäftigt, taucht immer wieder die Forderung nach Ausstieg aus der profitorientierten Wohnwirtschaft auf. Es bleibt aber unklar, wie das erreicht werden soll und beschränkt sich auf Appelle an den Senat nach sozialem Wohnungsbau. Aber da gibt es auch massive Kritik daran, weil sozialer Wohnungsbau zentral von Oben nach Unten verläuft und sozial bevormundend ist. Das kann also auch nicht die Lösung sein. Aber was dann? Mein Eindruck ist, dass hier Konzepte und Ideen fehlen. Vielleicht boten das früher die Genossenschaften, aber die sind in Berlin meistens auch keine gute Alternative, wenn sie sich als normales Unternehmen begreifen, dessen Spielraum allein vom Markt definiert wird – auch wenn in ihren Präambeln oft noch etwas anderes steht. Es fehlen also gute Konzepte, auf denen Forderungen aufbauen können.

T: Grundlegend wäre erstmal zu fordern, dass eine Abkehr von der Idee, Stadt als ein Unternehmen zu denken, stattfindet. Denn das zieht diese ganze Profitorientierung nach sich. In Hamburg setzt da gerade ein Umdenken ein, auch von städtischer Seite. Man sieht das z. B. daran, dass früher bei der Vergabe von Grundstücken zur Stadtentwicklung meistens das Höchstgebotsverfahren angewendet wurde. Jetzt soll es nach Konzeptverfahren vergeben werden. Früher war die Finanzbehörde immer tonangebend und eigentlich wurde die Stadtentwicklung sehr stark durch die Vergabeentscheidungen der Finanzbehörde mitbestimmt. Natürlich werden die finanziellen Aspekte auch weiter eine Rolle spielen und ob wirklich ein Paradigmenwechsel stattfindet, bleibt abzuwar-

⁶ <http://www.buback.de/nion/>

⁷ <http://www.ms-versenken.org/>





ten. Es gibt in Hamburg auch eine soziale Erhaltungsverordnung, mit der man die Milieuzusammensetzung durch politische Rahmenbedingungen des sozialen Wohnungsbaus langfristig absichern kann. Dabei können in bestimmten Quartieren Prozentsätze verschiedener unterer Bevölkerungsschichten festgeschrieben und damit vor Gentrifizierungsprozessen geschützt werden – wenn der politische Wille dazu da ist. Auch das ist natürlich keine langfristige Lösung.

J: In Berlin gibt es sogenannte Milieuschutzgebiete, wo Sanierungen mit Mieterhöhung einer Zustimmung bedürfen und eine Mieterberatung eingerichtet werden muss. Aber das hilft auch nicht viel. Es gibt diese Instrumente und wenn es gewollt wäre, könnte die Politik da durchaus mit der jetzigen Gesetzeslage schon etwas ändern. Wollen sie aber nicht. Vielleicht ist das in Berlin nochmal gravierender, weil die Stadt nach dem Bankenskandal⁸ so pleite ist und sich gezwungen fühlt, bei den MieterInnen mehr Geld abzuschöpfen.

T: Auch in Hamburg ist die Stadtkasse durch Groß- und Leuchtturmprojekte, wie der Elbphilharmonie oder durch den Erhalt der HSH-Nordbank erheblich belastet. Im Endeffekt stehen die kommunalen Finanzen in Hamburg aber weitaus besser da als in Berlin.

M: Ein Stopp von Gentrifizierungsprozessen müsste also politisch gewollt sein und könnte durch Milieuschutz und sozialen Wohnungsbau erfolgen. Wie sähe demgegenüber die Seite jenseits der offiziellen Politik aus? Wie könnte ein Widerstand gegen Gentrifizierung aussehen, der auf Selbstverwaltung und Basisstrukturen aufbaut und nicht nur Forderungen an die Politik stellt, bei denen – da sind wir uns wahrscheinlich einig –, man sich keine Illusionen machen sollte.

Längeres Schweigen

J: Vor einigen Monaten hatten wir dazu ein Treffen in Berlin. Es kamen ungefähr 40 Leute, die alle seit Jahren zu diesem Themenbereich aktiv sind, und die Frage war: was tun. Es folgte ein Schweigen im Raum. Das war unglaublich. Da sitzen die ExpertInnen aus sozialen Bewegungen und niemand hat eine Idee, was zu tun ist.

T: Ich glaube, solange das Problem nicht auf stadtpolitischer Ebene angekommen

wird, bleibt der Besitz an Grund und Boden das Entscheidende, um bei Prozessen gegen Gentrifizierung erfolgreich zu sein. Deswegen fangen Projekte an sich zu kaufen, weil das anscheinend das einzig wirksame Mittel ist, zumindest für kleine Häuser und kleine Stadtquartiere wie das Gängeviertel.

M: Es gibt ja auch die Praxis brennender Luxusautos als Versuch, Investoren von gewachsenen Quartieren fern zu halten. Wahrscheinlich ist das ähnlich hilflos wie das Stellen von Forderungen an die Politik und damit ein Ausdruck davon, wie ohnmächtig man dieser Gentrifizierungsdynamik gegenüber steht und wie schwierig es ist, Ansatzpunkte zu finden, die einem Erfolgsmöglichkeiten eröffnen. Könnte das in Hamburg vorgestellte Abwertungskit⁹ eine Lösung sein?

T: Das war eine ironische Idee aus dem „Es regnet Kaviar“-Netzwerk, wie man seinen Stadtteil für Investoren so unattraktiv wie möglich machen kann. Es beginnt bei Satellitenschüsseln an den Fassaden, über das Ausgehen in Feinripp-Unterwäsche bis zum permanenten Tragen von Lidltüten. So können Stadtteile schmutzigg gehalten werden. Meistens ziehen ja nach den Künstlern, die einen ehemals sozial schwachen Stadtteil attraktiv gemacht haben, wohlhabendere Menschen zu. Das Abwertungskit überlegt, wie man diese Leute und die Investoren abschrecken kann. Es geht also darum, einen Broken-Windows-Effekt selbst zu produzieren. Das ist eine interessante Idee, aber damit das wirklich funktioniert, müsste man das natürlich in viel größerem Umfang mit einer ganz anderen Vehemenz starten.

J: Ich denke, dass die Auto-Abfackel-Strategie in eine ähnliche Richtung geht, also Quartiere unattraktiv für bestimmte Investoren und Projekte zu machen. Es gibt zum Beispiel in Kreuzberg diese Car-Lofts, die auch zu gewisser Berühmtheit gekommen sind. Das ist ein Großprojekt, wo man mit dem Auto in seine Aufzuggarage fahren kann, die einen auf sein Stockwerk bringt. Da gab es ziemlich massiven Widerstand und auch sehr viele Sachbeschädigungen. Der Protest hat zumindest dazu geführt, dass diese Wohnungen erst teilweise vermietet sind, vielleicht auch, weil es keinen Spass macht, da einzuziehen, wenn man als Feind-Objekt der Umgebung gilt.

M: Andererseits ist es für viele auch attraktiv, in einen subkulturellen, lebendigen und politisch aktiven Kiez zu ziehen, den sie aber damit zum Teil auch zerstören. Das zeigt das Dilemma, in dem sich zum Beispiel die linken Projekte in Nord-Neukölln befinden, die diese Dynamik selbst mit vorantreiben.

J: Die linken oder subkulturellen Projekte waren die ersten, die diese Umstrukturierung sichtbar eingeleitet haben. Dem vorausgegangen sind aber Mietsteigerungen in anderen Bezirken, die erst zu einer Verdrängung nach Neukölln geführt haben. Dort angekommen wurde versucht, eigene Vorstellungen eines Kiezes oder

⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Bankenskandal

⁹ <http://www.esregnetkaviar.de/relaunch/abwertungskit.html>

subkulturellen Lebens umzusetzen, was eine erste Aufwertungsphase einleitete. Früher oder später werden diese Leute und Projekte selbst wieder verdrängt. Solange die Häuser in Privateigentum sind, und einem Verwertungsinteresse dienen, wird sich daran nicht viel ändern. Aufwertungsprozesse ziehen steigende Mieten nach sich.

T: Das Problem bei der Gentrifizierung fängt ja mit der Verdrängung an. Ich glaube, es hat keiner ein Problem damit, wenn Häuser saniert werden. Das Problem ist aber, dass Menschen sich das dann nicht mehr leisten können.

M: Aber Gentrifizierung ist ja mehr als die Sanierung von Wohnungen. Glaspaläste, Büros, teure Cafés sind ebenfalls Dinge, die Quartiere umstrukturieren. Zu einer Gentrifizierung für alle müssten also Konzepte gehören, wie dieses gute Leben als ein anderes Leben sich abgrenzt von einer Gentrifizierung, die die Lebensverhältnisse in einem auf Profit ausgerichteten Sinne neu sortiert. Das ist ja auch ein Platzanweiser und der Platz, der einem da zugewiesen wird, ist nicht gerade schön, weil Teilhabe nur über das Finanzielle ermöglicht wird. Demgegenüber gilt es, Nachbarschaftsnetzwerke aufzubauen und offene Räume zu schaffen, die aber selbst schon wieder Teil einer Gentrifizierungsdynamik sein können.

T: Die Frage ist, wo man da die Grenze zieht. Mir fällt da wieder Parc Fiction ein, wo eine bereits verplante Fläche in einen öffentlichen Park verwandelt und ausgehend von der Frage, wie die Menschen leben wollen, etwas entwickelt wurde. Natürlich finden das alle super und es kann auch eine Vorstufe von Gentrifizierung sein. Aber da sollte man nicht ansetzen, denn sonst kannst du gar nichts mehr machen. Das Ziel ist die Frage eines schönen Lebens für alle, an dem auch alle partizipieren können, so dass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen ist. Es ist vor allem eine Frage, welche Konzepte man entwickeln kann, die über Hauskauf oder Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse hinaus gehen. Das hat man ja gerade an der Stille gemerkt, die nach der Frage nach Widerstandsstrategien herrschte.

M: Ist denn der Kauf und die Eigentumsneutralisierung von Räumen in bedrohten Kiezen eine Möglichkeit, Gentrifizierung zu bremsen?

T: Die Rote Flora hat das über Militanz gemacht, das geht natürlich auch. Das kann aber wahrscheinlich von den Aktionsformen her nicht jedes Milieu leisten. Kauf ist eine andere Möglichkeit. Das hängt aber von der Ausgestaltung ab, wer es kauft und wie es abgesichert wird, damit nicht nach einigen Jahren die selbe Aufwertungs-dynamik einsetzt, weil die BewohnerInnen das dann selbst voran treiben. Das hat natürlich mit einem Bewusstseinsprozess zu tun.

M: Die Rote Flora ist aber auch ein Beispiel dafür, wie einzelne Projekte zu einer Insel im Viertel werden

können, während sich die Umgebung rasant verändert. Ähnlich ist es bei Hausprojekten in Kreuzberg oder Friedrichshain. Was für eine Perspektive hat der Kauf einzelner Häusern, wenn die Gegend für einen selber irgendwann gar nicht mehr so lebenswert ist? Das zeigt auch die Grenzen davon, kleine befreite Inseln zu schaffen. Wenn die in der Umgebung ihre Netzwerke verlieren, verlieren sie auch ihren Charakter.

T: Um auf Quartiersentwicklung Einfluss zu nehmen, bräuchte es Hauskäufe in größerem Umfang. Das Mietshäuser Syndikat stößt so etwas ja ganz gut an. Was hier in Hamburg stattfindet, ist eine Vernetzung der Leute, die versuchen, einer Gentrifizierung durch gegenseitige Solidarität und Unterstützung auf basisdemokratischer Grundlage entgegen zu wirken. Aber dazu müssen sich die Menschen in einem Kiez einig sein, dass sie dem entgegenwirken wollen. In St. Pauli besteht diese Einigkeit. Aber kaufen können dort die wenigsten. Deshalb ist es wichtig, Netzwerke zu schaffen, die auf einer politischen Ebene Einfluss auf die Entscheidungsprozesse nehmen können. Das wäre ein Mittel. Aber dass so eine selbstbestimmte Stadtplanung durchgesetzt werden kann, geht vielleicht nur mit einer großen, gut vernetzten sozialen Bewegung.

J: Und hier beginnen die Schwierigkeiten von neuem. Zum Beispiel war die Bewegung gegen die Umstrukturierung des Spree-Ufers in Berlin zunächst sehr erfolgreich. Viele Menschen, die diese Entwicklung nicht wollen, konnten sich darüber artikulieren und über Unterschriftenlisten und Demonstrationen aktiv werden. Es gab dann einen Bürgerentscheid, der auch gewonnen wurde. Gebracht hat das aber auch nicht viel, weil der Senat daraufhin dem Bezirk die Planung entzogen und das in seine Zuständigkeit verlagert hat. Hier zeigen sich ganz klar die Grenzen von Bürgerentscheiden.

M: Ein Zwischenergebnis wäre, dass Bewegung gegen Gentrifizierung Kristallisationsorte braucht, an denen die Menschen zusammen kommen können, um die Frage zu stellen, wie man in der Stadt leben möchte. Das passiert ja gerade im Gängeviertel, wo sich sehr viele Initiativen auf die Besetzung beziehen. In Berlin war es vielleicht die Besetzung des Bethanien, die zum Symbol für einen Unmut wurde, der für viele Menschen anchlussfähig war.

J: Ich sehe es auch so, dass über solche Aktionen viele Menschen, die in der Umgebung ganz normal zur Miete wohnen und daran selbst auch nichts konkret ändern können, eine Ausdrucksmöglichkeit bekommen, dass auch sie etwas anderes wollen. Daraus kann dann so etwas wie das Bethanien entstehen, die einzige erfolgreiche Besetzung der letzten Jahre, ein Projekt, das nun langfristig gesichert ist.

M: Also müsste man eigentlich 'nur' gut vernetzt, symbolisch bedeutsame Orte thematisieren, um ein Bewusstsein zu schaffen und Gegenstrukturen aufzubauen. Im

Idealfall kommen dazu auch neue Aktionsformen, bei denen nicht schon bekannt ist, wie sie funktionieren, wie man polizeilich und medial darauf reagiert und die durch breite Beteiligung unberechenbar sind. Denn wenn eine Stadtregierung es schafft, eine Besetzung als die Tat von kriminellen Störenfriedern darzustellen, gibt es bei einer Räumung viel weniger Protest.

J: Es braucht sowohl die lokale Stadtteil-, Straßen-, Kiezebene mit aktiven Gruppen, Straßenfesten, Mietberatung und Protestaktionen. Es braucht aber zusätzlich die größeren, symbolischen Aktionen, an denen sich Protest äußern kann und eine Politisierung stattfindet. Solche Aktionen sollten am besten etwas neues in der Aktionsform bieten, aber ich finde es vor allem wichtig, dass sie anschlussfähig sind, dass da viele mitmachen können. Und als eine dritte Strategie müssen Räume über eine Eigentumsneutralisierung langfristig gesichert werden.

T: Bei den Kristallisationsorten ist natürlich wichtig, möglichst viele zu schaffen, die gut vernetzt sind und sich nicht spalten lassen. In Hamburg wird teilweise von der Presse versucht, einen Keil zwischen Gängeviertel und Rote Flora, zwischen guten und schlechten Besetzungen, zwischen Militanten und KünstlerInnen zu treiben. Wenn man da die Machtfrage stellen will, wer eigentlich Stadt definiert und gestaltet, dann geht das nur mit einer möglichst großen Breite, die in zentralen Fragen ein wirkliches Gegengewicht darstellt. Das ist in Hamburg im letzten Jahr ziemlich gut gelaufen.

J: Das hat auch eine große Strahlkraft. Über die Besetzung des Gängeviertels wird in Berlin viel diskutiert und viele wundern sich, was da in Hamburg passiert und warum so etwas in Berlin nicht klappt.

T: Fehlt in Berlin dafür die Bereitschaft, auch Bündnisse mit Initiativen oder Gruppen einzugehen, mit denen man sonst eigentlich wenig gemein hat?

J: Ja, es gibt eine sehr klare Trennung der verschiedenen Szenerien und wenig Bezug aufeinander. Das ist eine Schwäche der Bewegung in Berlin.

T: Das kann sich auch ändern. Für die ganzen Initiativen hier war es auch nicht klar, dass sie einmal an einem Strang ziehen werden. Es gibt viele unterschiedliche Ausprägungen, aber in zentralen Punkten ist man sich so

nahe gekommen, dass man sagt, man agiert auf diesem Feld definitiv zusammen. Das war nun kein bewusster Plan, sondern kam eher aus dem Gefühl heraus, dass alle in der selben Situation stecken und erkannt wurde, an welchen Problemen das liegt. Zum Beispiel, dass eine Stadtgestaltung nach finanziellen Aspekten über allem steht. Und das betrifft den Schrebergarten irgendwo in Bahrenfeld genauso wie das Gängeviertel oder die Rote Flora. Die Überschneidungspunkte liegen mittlerweile auf der Hand und wenn die Aktionsformen, so unterschiedlich sie sind, sich an diesem Punkt treffen und man sich gemeinsam positioniert, wird es möglich, dass viel parallel läuft. Dann gibt es aus der autonomen Szene militante Aktionsformen, von Kunstgruppen aufsehenerregende Kunstaktionen, aus den Schrebergärten Unterschriftenlisten, usw. Es ist aber klar, dass man trotz der Unterschiedlichkeit verbunden bleibt.

M: Ist in Berlin die Wahrnehmung ähnlich, dass zum Beispiel die Neuköllner Schrebergärten sich von der gleichen Gentrifizierungsmaschine bedroht fühlen, wie die linken Projekte in Friedrichshain?

J: Ob es da eine Ähnlichkeit gibt, habe ich auch gerade überlegt. Wir haben mal ein bisschen recherchiert und es gibt sicher um die 100 Gruppierungen, die gerade irgendwie an dem Thema dran sind. Das sind sehr unterschiedliche Initiativen, von bedrohten Schrebergartenvereinen bis zu Initiativen, die in einem bestimmten Straßenzug aktiv sind. Von dem Verwertungsdruck und den Entscheidungsstrukturen sind alle auf sehr ähnliche Art und Weise betroffen. An dem Punkt existiert eigentlich ein ähnliches Interesse. Ich weiss aber nicht, ob auch ein Bewusstsein dafür da ist. Mein Eindruck ist, dass viel zu wenig Kommunikation zwischen den verschiedenen Szenerien zustande kommt.

T: Und auch zu wenig Selbstreflexion. Ich glaube das hat ganz viel damit zu tun, in welchen Verhältnissen man steckt und was der wirkliche Grund ist, wieso man als einzelne Initiative nicht weiter kommt.

M: Ist denn das Thema Stadtumstrukturierung eigentlich so neu? Gerade die Altbauquartiere, um die es jetzt geht, waren nicht immer kiezig und nett, sondern sind durch einen historischen Verdrängungsprozess aus den alten Innenstädten heraus entstanden. Im alten Arbeiterbezirk Kreuzberg war das Leben ja nicht immer schön und die Kiezstruktur musste von den dort wohnenden ArbeiterInnen erst durch



Aneignung der Mietshauskasernen, durch Nachbarschaftsnetzwerke und Selbsthilfestrukturen geschaffen werden. Historisch betrachtet ist es bemerkenswert, was für Viertel aus dieser Verdrängungs- und Umstrukturierungsdynamik entstanden sind. Wenn man diese Entwicklung weiter denkt, stellt sich die Frage, ob es Möglichkeiten gibt, eine Aneignung von Stadtquartieren an Orten zu machen, an die man von der Gentrifizierungsdynamik hin verdrängt wird. Also zu schauen, wohin die Menschen verdrängt werden und ob es gelingen kann, dort eine Gegenkultur aufzubauen. Diese Orte werden natürlich zwangsläufig noch weiter am Stadtrand liegen, aber Kreuzberg oder das Schanzenviertel waren auch einmal Stadtrand und das waren Elendsquartiere, die erst durch gegenkulturelle Aneignungen, zuerst aus der ArbeiterInnenbewegung, später durch MigrantInnen und Alternativbewegung, den Charme und die Lebensqualität bekommen haben, die jetzt bedroht ist.

T: Ich glaube das Thema ist insofern neu, dass ein neues Bewusstsein für Verdrängung existiert. Das ist der Unterschied zu historischen Stadtumstrukturierungen. Diese Art der Thematisierung ist neu und die Popularität des Begriffs Gentrifizierung ein Ausdruck davon. Schließlich ist uns dieser Begriff noch nicht so lange geläufig. Früher hieß das anders und die Leute waren sich dessen nicht in dem Umfang bewusst.

M: Dieses Bewusstsein und die Tatsache, dass mittlerweile auch Stadtbewohner an diesem Begriff nicht mehr vorbei kommen, ist aber auch ein Ergebnis des Widerstands, der in der Lage ist, die Vereinzelung aufzubrechen. So wurde Gentrifizierung erst als überindividuelles Problem wahrnehmbar.

J: Ich kann mir für Berlin durchaus vorstellen, dass die Leute eher in die Außenbezirke ziehen und natürlich passiert da etwas, bilden sich neue Nachbarschaften. Ich hatte eine lustige Situation, als ich mit einem Arbeitskollegen im LKW durch Berlin fuhr. Wir kamen durch Hohenschönhausen, wo ich davor noch nie war und ich wollte gerade sagen, wie hässlich das ist, als er mir zeigte wo er wohnt und das es dort super sei, hier sein Realmarkt, dort dies und das. Das war seine Gegend, da kannte er die Leute, das war sein Kiez. Und ich dachte mir: zum kotzen, da kann man ja niemals leben. Als wir dann in Kreuzberg waren, wo ich wohne, meinte er, dass er dort niemals leben könne. Das fand ich sehr spannend. Dieses Gentrifizierungsthema ist also auch ein Teilproblem von einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Klar stört mich das, wenn die netten Cafés in der Straße verschwinden und durch teurere ersetzt werden. Aber anderen Leuten ist das komplett egal. Die brauchen keinen linken Infoladen oder keine linke Kultur, sondern die stört es, wenn der Supermarkt weggeht. Es gibt so unterschiedliche Lebensrealitäten, dass dieser Gentrifizierungsprozess und diese Verdrängung ganz unterschiedlich wahrgenommen wird. Natürlich ist es ein Problem, dass Leute nicht selber ent-

scheiden können, ob sie in diese Außenviertel ziehen, sondern dass es über Mietsteigerungen passiert. Andererseits ist da eine Bewegung auch sehr selbstzentriert. Jetzt wird gesagt, dass ein großes Problem in den Vierteln da ist. Doch die linke Subkultur kam ja selbst einst in vormalig anders geprägte Viertel und war dort auch Start- und Ausgangspunkt einer Gentrifizierung. Aber erst wenn man selbst die Mieten nicht mehr bezahlen kann, wird man als Bewegung aktiv. Das ist sehr zweischneidig.

M: Aber dass nur die linke Subkultur davon betroffen ist, stimmt ja auch nicht. In Neukölln sind es doch gerade die migrantischen Netzwerke, die da zerbröckeln werden und das Ergebnis ist dann Vereinzelung.

J: Da würde ich in Bezug auf eine sehr sichtbare Entwicklung zustimmen: Im Norden von Neukölln gab es viele Kneipen und Vereinsräumlichkeiten von verschiedenen migrantischen Communities. Ein großer Teil davon ist in den letzten zwei Jahren verschwunden und es entstanden Kneipen für ein eher studentisches Publikum. Weil es kaum Kontakte gibt, kann ich auch nicht sagen, wohin die Leute verdrängt wurden. Hier lässt sich auch ein Link zu historischen Verdrängungsprozessen ziehen: Der Kapitalismus konnte sich nur durch die Zerstörung der alten gesellschaftlichen Strukturen ausbreiten und diese Zerstörung geht weiter und ist auch auf die Umstrukturierung von Städten übertragbar. Dies ist ein oft gewaltsamer Prozess (Räumung, Abriss...). In Berlin wird versucht über das sogenannte Quartiersmanagement Aufwertungsprozesse innerhalb von bestimmten Kiezen in Gang zu setzen. Wenn das gelingt, steigen dort die Mieten und Menschen werden in der Folge aus ihrem Umfeld herausgedrängt. Im Ergebnis führt das zu einer Vereinzelung und damit einhergehend zum Verlust möglicher Widerständigkeiten – denn sich ein neues solidarisches Umfeld aufzubauen, braucht oftmals viel Zeit.

M: Du hast vorhin gesagt, dir würde der Infoladen fehlen aber vielen anderen nicht. Wäre es da nicht sinnvoll, politische Selbsthilfestrukturen aufzubauen, die für viele über die eigene Szene hinaus anschlussfähig sind?

J: Das finde ich sehr wichtig. Die Initiative Karl Pappel in Alt-Treptow, wo gerade sehr viele Baugruppen hin kommen und gleichzeitig die Wohnbaugesellschaft massiv Mieten erhöht, finde ich ein Beispiel für gelungene Kiezarbeit. Die Gruppe beschäftigt sich sowohl mit den Baugruppen wie mit Mieterhöhungen und denkt das zusammen. Die haben jetzt auch angefangen, Mietberatung anzubieten, was ich sehr sinnvoll finde. Trotzdem handeln diese Beratungen immer nur mit einzelnen. Das sind einzelne Leute, die dort wegen Problemen mit ihrer Miete hingehen. Es ist also keine kollektive Form, sondern Problemlösung in der Vereinzelung. Trotzdem sind sie offen für andere Lebensrealitäten und fokussieren sich nicht, wie so viele, auf eine subkulturelle Szene. Solche Selbsthilfestrukturen gilt es

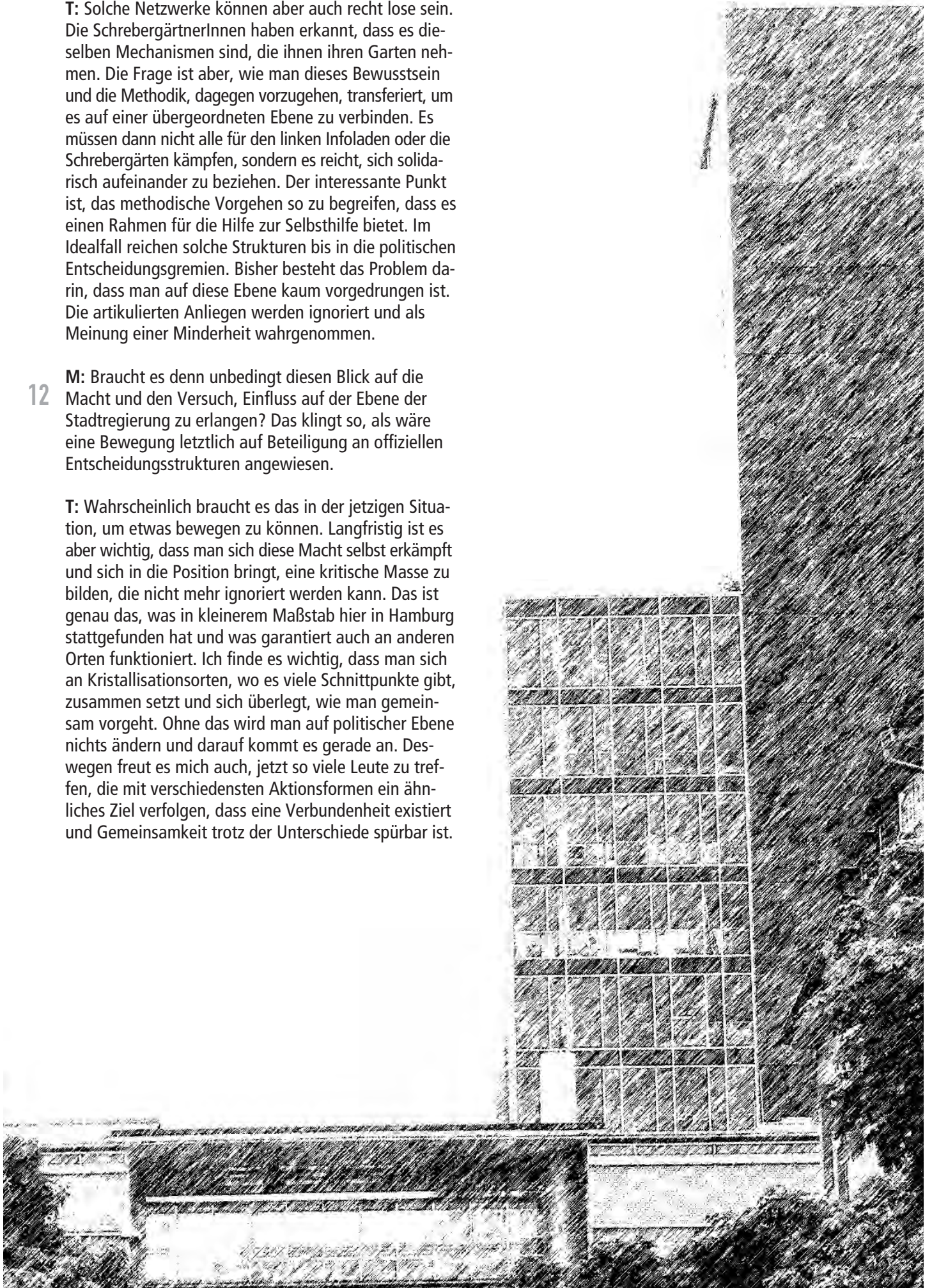
aufzubauen, auch wenn es sehr viele Berührungspunkte gibt.

T: Solche Netzwerke können aber auch recht lose sein. Die SchrebergärtnerInnen haben erkannt, dass es dieselben Mechanismen sind, die ihnen ihren Garten nehmen. Die Frage ist aber, wie man dieses Bewusstsein und die Methodik, dagegen vorzugehen, transferiert, um es auf einer übergeordneten Ebene zu verbinden. Es müssen dann nicht alle für den linken Infoladen oder die Schrebergärten kämpfen, sondern es reicht, sich solidarisch aufeinander zu beziehen. Der interessante Punkt ist, das methodische Vorgehen so zu begreifen, dass es einen Rahmen für die Hilfe zur Selbsthilfe bietet. Im Idealfall reichen solche Strukturen bis in die politischen Entscheidungsgremien. Bisher besteht das Problem darin, dass man auf diese Ebene kaum vorgedrungen ist. Die artikulierten Anliegen werden ignoriert und als Meinung einer Minderheit wahrgenommen.

12

M: Braucht es denn unbedingt diesen Blick auf die Macht und den Versuch, Einfluss auf der Ebene der Stadtregierung zu erlangen? Das klingt so, als wäre eine Bewegung letztlich auf Beteiligung an offiziellen Entscheidungsstrukturen angewiesen.

T: Wahrscheinlich braucht es das in der jetzigen Situation, um etwas bewegen zu können. Langfristig ist es aber wichtig, dass man sich diese Macht selbst erkämpft und sich in die Position bringt, eine kritische Masse zu bilden, die nicht mehr ignoriert werden kann. Das ist genau das, was in kleinerem Maßstab hier in Hamburg stattgefunden hat und was garantiert auch an anderen Orten funktioniert. Ich finde es wichtig, dass man sich an Kristallisationsorten, wo es viele Schnittpunkte gibt, zusammen setzt und sich überlegt, wie man gemeinsam vorgeht. Ohne das wird man auf politischer Ebene nichts ändern und darauf kommt es gerade an. Deswegen freut es mich auch, jetzt so viele Leute zu treffen, die mit verschiedensten Aktionsformen ein ähnliches Ziel verfolgen, dass eine Verbundenheit existiert und Gemeinsamkeit trotz der Unterschiede spürbar ist.



HABITAT PARTICIPATIF

Le CLIP ist ein Projekt, das 2005 in Frankreich gegründet wurde. Inspiriert vom Mietshäuser Syndikat bestand die Idee darin, antispekulative, selbstverwaltete und solidarische Wohnräume zu schaffen. Nach einer Veranstaltung mit einem Referenten des Syndikats im Dezember 2005 in Paris bildete sich ein Kollektiv, um gemeinsam zu überlegen, wie eine solche Idee in Frankreich umzusetzen sei bzw. wie man diese im französischen Rechtssystem gestalten kann.

Seitdem sind fünf Jahre vergangen. Diese Zeit war sehr fruchtbar und wir haben sie genutzt, um die passende juristische Form zu finden, sie unseren Bedürfnissen entsprechend auszugestalten, uns politisch im französischen Kontext zu verorten und vielleicht das wichtigste: eine gute Gruppendynamik zu entwickeln. Heute hat die interne Struktur von Le CLIP an Kontur gewonnen und wir haben ein Netzwerk befreundeter Gruppen und Initiativen aufgebaut. Was dagegen noch fehlt, sind neue Hausprojekte, die Teil unserer Struktur werden möchten.

Die ersten beiden Jahre verbrachten wir damit, uns ins Firmenrecht einzuarbeiten, neue MitstreiterInnen zu finden, utopische Hausprojekte zu entwerfen und... uns zu verzetteln. Es war eine wichtige Zeit des wilden Enthusiasmus, in der viel ausprobiert wurde und die Energie scheinbar ziellos in alle Richtungen ging. Zu jedem Treffen kamen neue Leute und entsprechend viel Zeit wurde benötigt, um Wissenshierarchien abzubauen und gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln. Allerdings kamen viele anfangs interessierte Menschen nicht wieder. Daher beschlossen wir im Jahr 2007, die Gruppe vorläufig zu schließen und keine offenen Treffen mehr zu organisieren. Dadurch arbeitete die Gruppe zunächst deutlich effektiver. Allerdings gab es nun keinen Input mehr von Außen, was sich negativ auf Gruppendynamik und Motivation auswirkte. Mehrere Monate vergingen fast ohne Aktivität und beinahe wäre das Projekt aufgegeben worden, wenn nicht ein paar Mitglieder einen neuen Versuch gestartet und neue Menschen eingebunden hätten. Seit Frühling 2009 besteht nun eine motivierte Gruppe, die sich auch entschlossen hat, zusammen zu Leben und dafür ein konkretes Hausprojekt verwirklichen möchte. Dieses Hausprojekt heißt „Chez Louise et Michel“, benannt nach einem Revolutionär der Pariser Kommune. Dazu kam eine Gruppe, die sich mit ihrem bereits bestehenden Wohnprojekt „Zelda“ anschließen wollte. In den folgenden Monaten passierte ungeheuer viel und wir gewannen im September 2009 mit „Chez Louise et Michel“ sogar den Preis für soziale und solidarische Wirtschaft der Region Paris. Neben einem Preisgeld von 2.000 EUR und der öffentlichen Bekanntheit haben wir ein Flugticket nach Quebec gewonnen, um uns das System der Québécoiser Häuserkooperativen anzuschauen.

In letzter Zeit sind wir mit einem monatlichen „Apericlip“ an die Öffentlichkeit getreten. Er steht unter dem Motto „Ja zu alternativen Rechtsformen – aber lieber mit Pastis“ und ermöglicht es Neugierigen und Interessierten, uns und das Projekt näher kennen zu lernen. Es haben sich auch mehrere Wohnprojekte aus anderen Städten bei uns gemeldet, woraus eine vielversprechende Zusammenarbeit mit Gruppen aus Grenoble, Lille und Rennes entstanden ist. Daneben hat die Initiative „Terres de lien“ mit uns Kontakt aufgenommen, die schon seit einigen Jahren ähnliche Ideen wie Le Clip im Bereich der Landwirtschaft verfolgt.

13



Schließlich sind wir auch wieder verstärkt mit dem Mietshäuser Syndikat in Kontakt getreten, haben die letzten beiden Mitgliederversammlungen in Hamburg und Leipzig besucht und arbeiten mit Menschen aus

¹ Siehe Synapse Nr 6. „Nächstes Projekt Eiffelturm? Eine Vorstellung von CLIP.“
http://www.syndikat.org/s/service/synapse_nr6.pdf

² <http://www.terredeliens.org/spip.php?page=accueil>

dem Syndikatsverbund an der Frage, wie sich die Strukturen von Le Clip mit dem Syndikat sinnvoll verbinden lassen. Da sich mittlerweile das Firmenrecht wieder geändert hat, müssen dazu noch ein paar juristische Fragen geklärt werden. Hauptsächlich sind wir aber damit beschäftigt, Grundstücke in Paris und Umgebung zu finden, um konkrete Projekte zu verwirklichen.

Nach dieser recht sachlichen Beschreibung unserer Gruppenstruktur und der Aktivitäten der letzten Jahre möchten wir auch den Kontext, in dem wir uns bewegen und positionieren, ein wenig näher beschreiben. Die Wohnungssituation in Paris ist aufgrund verbreiteter Immobilienspekulation sehr schwierig, was sich an extrem hohen Mietpreisen auch für kleine und enge Wohnungen zeigt. Es gibt keine Vereine oder Organisationen für den kollektiven Schutz der MieterInnen, weshalb viele Menschen zu individuellen Lösungen greifen und versuchen, so bald wie möglich selbst EigentümerIn zu werden. Die Finanzierung eigener Wohnungen ist oft günstiger als das Wohnen zur Miete und ermöglicht zudem die Bildung von Kapital. Frankreich gilt daher als Land der kleinen Eigentümer. Von dieser Form des Eigentums wollten wir uns auch inhaltlich abgrenzen und uns politisch dagegen positionieren. Dazu haben wir das Konzept des Nutzungseigentums entwickelt, das als Grundlage des politischen Ansatzes von Le Clip dient. Kurz zusammengefasst trennen wir Nutzungseigentum von Kapitaleigentum und wollen, dass alle Menschen selbst bestimmen können, wo sie leben wollen, ohne dass der Zugang zu diesem Recht von individuellem Kapitalbesitz abhängt.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt an gesellschaftliche Debatten besteht für uns in der Entwicklung anderer Wohnformen und darüber hinaus einer sozialen und

solidarischen Wirtschaft. Dieser Bereich hängt eng mit dem Abbau des französischen Sozialstaates zusammen, bei dem vormals öffentliche Aufgaben ausgegliedert und an andere Stellen delegiert werden, was meistens einen Abbau des öffentlichen Dienstes zur Folge hat. Wenn sich dagegen legitimerweise eine breite Ablehnung formiert, gelingt es Le CLIP sehr gut, sich Gehör zu verschaffen und seine Positionen zu vermitteln. Innerhalb dieser Dynamik wurde es in den vergangenen zwei Jahren tatsächlich möglich, andere Wohnformen zu thematisieren und neue Vorstellungen und Begriffe ins Spiel zu bringen. Handelte es sich zunächst um Fragen des Zusammenwohnens („co-habitat“ bzw. „habitat groupé“) im engeren Sinne, bei denen die sozialen Aspekte im Vordergrund standen, so erfuhr das Thema in letzter Zeit eine verstärkte Aufmerksamkeit. Heute sind es nicht mehr nur einzelne Gruppen wie Habicoop³, denen es um die Entwicklung von Wohnungsgenossenschaften geht, sondern ganze Städte und Gemeinden, die sich für andere Wohnformen interessieren. Und immer öfter geht es heute um Fragen des partizipativen Wohnens („habitat participatif“), was nicht nur soziale Gemeinschaften im Wohnbereich meint, sondern auch Basisdemokratie und Selbstverwaltung beinhaltet.

Wir arbeiten mittlerweile mit vielen Gruppen in diesem Bereich zusammen und sind damit in ein Netzwerk eingebunden, in dem verschiedene Aspekte gemeinschaftlichen Wohnens eine Rolle spielen. Trotz dieser inhaltlichen Vielschichtigkeit sind wir aber nach wie vor davon überzeugt, dass die wichtigste Frage die Eigentumsfrage ist. Erst wenn sie in solidarischer Weise beantwortet ist wird es möglich, sich als gleichberechtigter Teil eines Kollektivs zu organisieren, zu entwickeln und zu entfalten.

³ <http://www.habicoop.fr>



IMPRESSUM

MIETSHÄUSER SYNDIKAT Adlerstraße 12 • 79098 Freiburg tel 0761-28 18 92 • fax 0761-224 07 mail info@syndikat.org • www.syndikat.org Grafik: grafikwerkstatt freiburg Nummer 7 • April 2011 Auflage: 2.200 Stück Druck: druckwerkstatt im grün, Freiburg	Fotos: Titel & Rückseite Heiko Fähndrich (CC by) S. 2–12 Matthias Möller S. 14 Montage n. Maedin Tureaud (CC by-sa) Berichte: S. 2 Matthias Möller S. 3 David Templin © S. 4 Christoph Villinger © S. 5–12 Matthias Möller (CC by-nd) S. 13 Aurélie Audeval ©
--	---

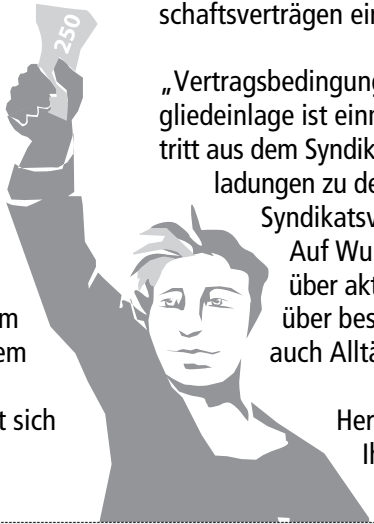


Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Das Mietshäuser Syndikat ist ein dezentral wachsendes Netzwerk selbstorganisierter Wohnprojekte. Es sichert den Status Quo der in ihm organisierten Häuser, indem es einen Weiterverkauf dauerhaft verhindert. Weiter organisiert es einen Solidartransfer, der es neuen Initiativen erleichtern soll, die finanziell schwierige Anfangszeit zu meistern. Schließlich bildet es eine Vernetzungsplattform zur gegenseitigen Unterstützung bei Fragen und Problemen rund um das Thema selbstorganisiertes Wohnen.

Dabei entscheiden die einzelnen Hausprojekte – ganz im Sinne von „die Häuser denen, die drin wohnen“ – über ihre internen Belange autonom und selbstorganisiert. Anders verhält es sich mit Fragen, die den ganzen Verbund betreffen. Sie werden im Verein des Mietshäuser Syndikats auf basisdemokratischer Grundlage diskutiert und beschlossen. Mitglieder dort sind die Hausvereine der beteiligten Wohnprojekte, BewohnerInnen von Syndikatsprojekten und andere interessierte Einzelpersonen bzw. Gruppen, die das Modell gut finden.

Das Syndikatsmodell erfreut sich einer immer größeren Beliebtheit. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Hausprojekte im Syndikat stark zugenommen. Weil sich mit dem Wachstum des Verbundes auch die Entscheidungsbasis des Syndikats erweitern soll, freut sich der Syndikatsverein über neue Mitglieder.



Schließlich ist ein mit dem Zuwachs an neuen Projekten mithaltender Mitgliederbestand eine Voraussetzung für die demokratische Verankerung der das ganze Syndikat betreffenden Beschlüsse. Daneben benötigt das Syndikat Geld für die Beteiligung an neuen Hausprojekten. Denn Grundlage für die Syndikatsbeteiligung an den Projekt-GmbHs ist ein Kapitalanteil in Höhe von 12.400 Euro, also knapp der Hälfte des für die GmbH-Gründung erforderlichen Eigenkapitals. Sie wird aus den Einlagen der Syndikatsmitglieder aufgebracht.

Sie finden die Ideen des Mietshäuser Syndikats gut? Werden Sie Mitglied im Syndikatsverein!

Mit Ihrer Einlage von 250 Euro (oder auch mehr) bilden Sie den Grundstock für eine Projekt-GmbH und sichern die Stimme in Fragen, die dem Syndikat in den Gesellschaftsverträgen eingeräumt sind.

„Vertragsbedingungen“ für die Mitgliedschaft: Die Mitgliedeinlage ist einmalig und unverzinst, und, bei Austritt aus dem Syndikatsverein, kündbar. Sie erhalten Einladungen zu den jährlich 2 bis 3 mal stattfindenden Syndikatsversammlungen und die Synapse. Auf Wunsch informiert ein e-mail-Verteiler über aktuelle Entwicklungen, Arbeitsthemen, über besondere Ereignisse und manchmal auch Alltägliches im Syndikatsleben.

Herzlichen Dank,
Ihr Mietshäuser Syndikat

15

Name

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Email

☐ per Email

☐ per Post

☐ Bitte ruft mich an.

☐ Ja, ich mache mit und werde Mitglied im Verein Mietshäuser Syndikat mit einer Einlage in Höhe von
Euro.

☐ Bitte schickt mir Satzung und Aufnahmeantrag.

Ich überlege, einen Direktkredit an das Syndikat zu geben und möchte dazu weitere Informationen.

250 EURO

Coupon bitte an: Mietshäuser Syndikat, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg • Infos auch telefonisch: 07 61/28 18 92 (AB)



www.syndikat.org